

Bundesregierung in der Verantwortung

Aktuelle Stunde der Koalitionsfraktionen zu massiven Kosten der Kali-Altlastensanierung

Auf Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen hatte sich der Thüringer Landtag am 27. September in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Treuhand-Altlasten bei Kali-Fusion: Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen“ befasst.

Ausgangspunkt war die jetzt erfolgte Zulassung der Berufung im Kali-Rechtsstreit durch das Oberverwaltungsgericht in Weimar. Damit wird nach Auffassung der Koalition und auch des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, der in der Debatte gesprochen hatte, der Bund in das Verfahren einbezogen. Die Bundesebene müsse wieder Verantwortung für die extrem umfangreiche Altlastenfreistellung des Konzerns Kali+Salz durch die Treuhand übernehmen.

Thüringen bezahlt jährlich etwa 20 Millionen Euro

Zu Beginn seiner Rede hatte der Umweltpolitiker der Linksfraktion Tilo Kummer Vertreter der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“ sowie des Betriebsrates von K+S auf der Besuchertribüne begrüßt. Dies mache auch „die Spannweite deutlich, um die es bei diesem Thema geht“.

Der Abgeordnete betonte: „Wir brauchen dringend die Altlastensanierung, um eben ein lebenswertes Werratal in der Kali-Region zu sichern. Auf der anderen Seite will ich auch Dank sagen an die Kumpel, die unter Tage diese Sanierung durchführen. Der Freistaat Thüringen bezahlt dafür seit vielen Jahren jährlich etwa 20 Millionen Euro. Man muss natürlich dabei auch auf die Kosten für die öffentliche Hand und den Steuerzahler in Thüringen achten. Die ursprünglichen Kostenprognosen sind inzwischen weit überschritten.“ Tilo Kummer erinnerte daran, dass der

damalige CDU-Umweltminister Jürgen Reinholz dies im Jahr 2011 zum Anlass genommen hatte, die Zahlungen an das Unternehmen K+S einzustellen. Vermutlich aus dem Grund, damit an den Kali-Fusionsvertrag zu kommen, was allerdings nicht erfolgreich war. Und wörtlich weiter: „Auf jeden Fall

hat. Das ist ein wichtiger Punkt, gerade wenn man auf die Zukunft sieht. Und wir haben in der Diskussion - der Ministerpräsident hat Bischofferode angesprochen, wo man Laugen unterbringen kann - auch gehört, ein leerer Gruubenraum, in den man so was unterbringen kann, ist heutzutage etwas Wert.“



Der LINKE Umweltpolitiker Tilo Kummer bei einer Pressekonferenz in der Fraktion im Mai 2015 zusammen mit Marit Wagler. Sie hatte über Ergebnisse aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit zur Wirkung aktueller und möglicher künftiger Grenzwerte für Kaliabwässer auf die Entwicklung der Arten in der Werra informiert.

Archiv-Foto

hat Kali+Salz anschließend geklagt auf die Zahlung der Gelder. Die Klage ruht seit 2015. Sie haben auch noch die Feststellung begehrt, dass der Freistaat Thüringen keinen Anspruch auf Vertragsanpassung des Freistellungsvertrags hat. Diese Klage haben wir verloren. Ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie in Berufung gegangen ist.“

LINKE will im Bundestag eine Enquete zur Treuhand

Nun gehe es hinsichtlich der Altlastensanierung darum, „wer langfristig dafür zu zahlen hat und wie der Thüringer Steuerzahler da weitgehend zu entlasten ist“. „Wir müssen klären“, so Tilo Kummer weiter, „wer eventuelle wirtschaftliche Vorteile aus der Sanierung entsprechend wie zu verrechnen

Auch über diese Frage müsse gesprochen werden. Das Oberverwaltungsgericht ermögliche mit der Zulassung der Berufung im Kali-Rechtsstreit die Diskussion dazu. Der LINKE-Abgeordnete formulierte in diesem Zusammenhang seine Erwartung, „dass wir uns in diesem Verfahren auch noch einmal sehr intensiv mit der Treuhandanstalt auseinandersetzen sollten“.

Er sagte abschließend: „Die LINKE hat den Wunsch geäußert, nach der Bundestagswahl eine Enquetekommission im neuen Bundestag auf den Weg zu bringen. Vielleicht wird das gelingen, denn wir haben da einiges aufzuräumen, was noch heute für die Landeskassen in Ostdeutschland zu massiven wirtschaftlichen Nachteilen führt und was auch für den Bund sicherlich von wirtschaftlichem Nachteil ist.“

VON A BIS Z:

Rasseliste

Nach der Anhörung zur Änderung des Tiergefahrengesetzes, bei der die so genannte Rasseliste kritisch eingeschätzt wurde, haben sich die Koalitionsfraktionen auf eine Änderung des durch das Innenministerium vorgelegten Gesetzentwurfs geeinigt. „Wir folgen der fachlichen Empfehlung aller Sachverständigen, die sogenannte Rasseliste aus dem Gesetz zu streichen und die Gefährlichkeit eines Hundes an dessen Verhalten festzumachen“, so die Abgeordneten Sabine Berninger (LINKE), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (GRÜNE).

„Dass es auch innerhalb der CDU zu einem Umdenken bei der ‘Rasseliste’ kommt, ist begrüßenswert. Es besteht große Einigkeit darüber, dass es eine angemessene und verhältnismäßige Lösung zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren geben sollte, die auch tatsächlich und nicht nur scheinbar zum Schutz beitragen kann. Die konkreten Details eines Änderungsantrages zum Gesetzentwurf - ob etwa für alle Hundehalter ein Sachkundenachweis im Gesetz verankert werden soll oder, wie die CDU favorisiert, nur für die Halter auffällig gewordener Hunde - will die Koalition in den nächsten Wochen auch mit Blick auf die Regelungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sorgfältig abwägen und mit Experten erörtern. Die Regierungskoalition werden zur nächsten Beratung des Ausschusses einen entsprechenden Entwurf vorlegen“, kündigten die Abgeordneten an.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt von Mittwoch, den 1. November, bis Freitag, den 3. November, sowie von Dienstag, den 12. Dezember, bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Hochschulgesetz

„Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes stärkt die Hochschulen mit einer Demokratisierung der internen Strukturen, einer gesteigerten Autonomie, verbesserten Arbeits- und Studienbedingungen und einer Anerkennung von Diversität und Vielfalt“, so MdL Christian Schaft. „Nach einem anderthalbjährigen Beteiligungsprozess treten wir nun in eine weitere breite Diskussion im parlamentarischen Verfahren. Zu Fragen von Gebühren und Entgelten, Gleichstellung, der genauen Fassung der Zivilklausel, Guter Arbeit und weiteren Themen erhoffe ich mir aus der mündlichen Anhörung möglichst konkrete Impulse, die anschließend zu diskutieren und zu wichten sind.“

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen in Thüringen hat sich im September um 2.171 auf 64.074 verringert. Die Arbeitslosenquote betrug 5,7 Prozent. Im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I) lag die Arbeitslosigkeit bei 21.342, das sind 1.299 weniger als im Vormonat. Die Anzahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) betrug 42.732. Diese Zahl ist weiterhin deutlich abnehmend, aber noch immer doppelt so hoch wie im Rechtskreis des SGB III. „Die positive Entwicklung ist der guten wirtschaftlichen Lage und der politischen Strategie, die auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik, auf Bildung, Qualifizierung und zielgerichtete Förderung setzt, zu verdanken“, so die LINKE-Abgeordnete Ina Leukefeld.

Gefangene

Am 31. März 2017 waren nach Angaben des Landesamtes für Statistik 1.345 Strafgefangene in den Thüringer Justizvollzugsanstalten und Jugendstrafanstalten inhaftiert. Geringer war die Zahl nur bis 1999. Außerdem befanden sich 236 Personen in Untersuchungshaft, 15 in Jugendarrest und 34 Personen in sonstiger Haft. 1.254 Straftäter verbüßten eine Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht und 91 Straffällige eine Jugendstrafe. Die Zahl der Inhaftierten in den fünf Thüringer Justizvollzugsanstalten, einschließlich der Jugendstrafanstalt, ist gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent zurückgegangen. 12 Prozent aller Insassen waren unter 25 Jahre alt, vor zehn Jahren waren es noch 28 Prozent.